

20 Jahre Privatisierung

Personalabbau: Die unendliche Geschichte

Behaupte niemand, es habe an warnenden Stimmen gefehlt: „Die Vorstände der drei Postunternehmen betreiben schon heute eine drastische Personal-kostenenkung. Dies würde sich nach der Privatisierung mit verschärfter Gang-art fortsetzen. Zehntausende von Arbeitsplätzen drohen der Kahlschlagpolitik in den nächsten Jahren zum Opfer zu fallen – wie nach der Privatisierung von British Telecom, wo die Hälfte aller Mitarbeiter/-innen ihren Hut nehmen musste.“ So steht es in einer Broschüre der Deutschen Postgewerkschaft aus dem Jahr 1994 nachzulesen – ein Beispiel für viele ähnliche Publikationen der ver.di-Vorläuferorganisation, die sich mit großem Engagement gegen die neo-liberale Umgestaltung des Kommunikationssektors stemmte.

Wurden derlei Prognosen in den heftigen Auseinandersetzungen um die „Postreform II“ von den Privatisierungsanhängern meist noch als Panikmache einiger Ewiggestriger abgetan, so änderte sich die Tonlage rasch, nachdem die politischen Mehrheiten gesichert und die entsprechenden Gesetze unter Dach und Fach waren. Bereits der erste Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft Deutsche Telekom machte unmissverständlich klar, wohin die Reise nach dem Willen des Managements gehen sollte: „Die Vergangenheit als öffentlich-rechtliches Unternehmen und der dynamische technische Fortschritt sind die Ursachen für einen im internationalen Vergleich überhöhten Personalbestand der Deutschen Telekom.“ (DT-Geschäftsbericht 1995, S. 14) Ron Sommer, der damalige Vorstandsvorsitzende, meldete im gleichen Dokument nicht nur schon ersten Vollzug in Sachen Personalabbau, sondern kündigte dessen beschleunigten Fortgang an: „Die

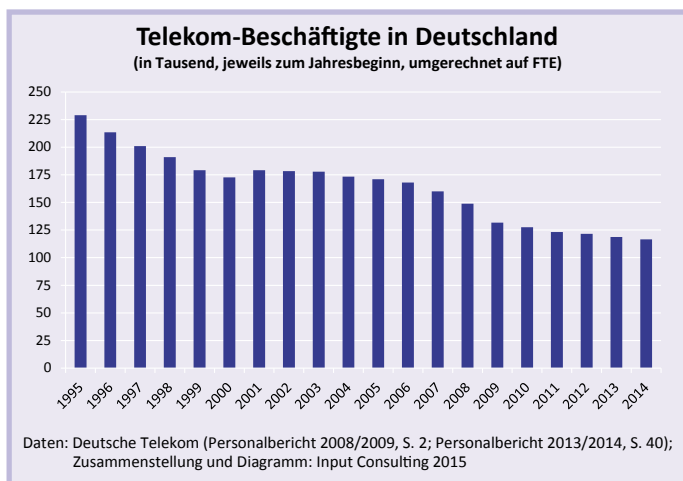
Mitarbeiterzahl reduzierte sich bis Ende des Jahres um mehr als 16 000 auf rund 213 500. Unser Ziel ist es, den Personalbestand bis zum Jahr 2000 sozialverträglich auf 170 000 Mitarbeiter abzubauen.“ (ebd., S. 6)

So geschah es denn auch – in noch höherem Tempo als angekündigt und auch weit über die genannte Zielmarke hinaus. Wie haben sich die Beschäftigtenzahlen der Deutschen Telekom im Inland seit Jahresbeginn 1995 entwickelt? Zug um Zug nach unten: Gab es zur „Stunde Null“ der Privatisierung – auf Vollzeitstellen umgerechnet – noch 229 000 Arbeitsplätze bei der Telekom in Deutschland, so sank diese Zahl binnen zweier Jahrzehnte auf 116 600: Ein Rückgang um 112 400 Jobs bzw. 49,1 Prozent, also eine faktische Halbierung des inländischen Personalbestands. Vor allem in den Anfangsjahren nach der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft trieb das Management den Arbeitsplatzabbau in rasanter Geschwindigkeit voran, nicht zuletzt, um die Kapital-

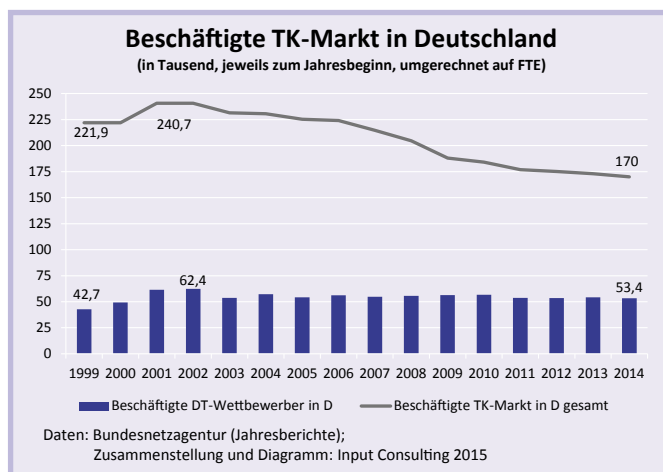


brachte: „Jobs streichen, Jobs kappen – die Telekom findet kein Ende“ (StZ vom 1. Oktober 2005). Kein Wunder, blieb doch die Sichtweise der Vorstände über Jahre dieselbe: Noch 2007 sah Thomas Sattelberger bei seinem Amtsantritt als Personalvorstand „das drängendste Problem“ in den „Personalüberhänge(n) bei der Telekom, die wie ein Pfropf im Hals des Unternehmens steckten und es in seiner Weiterentwicklung hemmten“, wie er in seiner jüngst erschienenen Autobiographie kundtut.

Die genannte Zahl von 112 400 verlorengegangenen Arbeitsplätzen enthüllt jedoch nicht die ganze Wahrheit über die Beschäftigungsentwicklung bei der Telekom in Deutschland seit der Privatisierung. Sie drückt „nur“ den – deutlich negativen – Saldo von insgesamt rund 140 000 vernichteten Stellen auf der einen und neu entstandenen bzw. zugekauften Jobs auf der anderen Seite aus. Solche gab es in nicht geringem Maße: Etwa im Mobilfunk, bei T-Online oder bei der T-Systems, die die Arbeitnehmer/-innen der von der Telekom erworbenen Daimler-IT-Tochter debis aufnahm. Unter dem Strich verbleibt gleichwohl ein dickes Minus, was die Jobs hierzulande anbelangt. Trotz des personellen Schrumpfkurses im Heimatmarkt ist die Gesamtbelegschaft des Konzerns in globaler Perspektive zwanzig Jahre nach der Privatisierung aber auf demselben Level geblieben: 2014 fanden knapp 229 000 Menschen bei der Telekom ihr Auskommen, allerdings waren 49 Prozent von ihnen außerhalb Deutschlands tätig. Nun gut, so argumentieren noch immer unverdrossene Neoliberale, es mag ja sein,



dass beim Ex-Staatsmonopolisten Arbeitsplätze verloren gegangen sind – aber diese Verluste konnten doch im Zuge der Marktöffnung bei den neuen Konkurrenten der Telekom wieder ausgeglichen werden. Leider entspricht dies nicht den Tatsachen. Zwar entstanden in der Tat bei den Telekom-Wettbewerbern nach der Liberalisierung 1998 nicht wenige Jobs: In den Boomjahren 2001 und 2002 waren dort über 62 000 Menschen beschäftigt, die Gesamtzahl der Arbeitsplätze im deutschen TK-Markt erreichte in dieser Zeit mit 240 700 Stellen ihren historischen Gipfel. Doch seither ging's bergab. Auch die DT-Konkurrenz reduzierte in der Folgezeit die Personalzahlen und die Gesamtbeschäftigung sackte weiter nach unten.



Man kann es drehen und wenden wie man will: Eine Jobmaschine, wie vielfach gesprochen, war die Privatisierung der Telekom-

Deutschland ihre Beschäftigung in der TK-Branche. Eine Erfolgsgeschichte sieht anders aus.

Michael Schwemmler

Postpersonalrecht

Gesetzentwurf im Bundestag kritisiert

Mit dem Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Personalrechts der Beamt/-innen der früheren Deutschen Bundespost befasste sich der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags am 23. Februar. Bei der öffentlichen Anhörung waren Sachverständige geladen, die ihre Position darlegten. ver.di wurde dort von Klaus Weber, ver.di-Bundesbeamtensekretär, vertreten.

Bei dem Entwurf geht es vor allem um den Schutz der Interessen der Beamt/-innen bei den Bundespost-Nachfolgeunternehmen Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG und Deutsche Telekom AG bei gesellschaftsrechtlichen Maßnahmen, etwa bei der Umwandlung von Unternehmen. Vorgesehen ist dabei, die dienstrechtliche Zuständigkeit der Unternehmen mit dem Ausscheiden der Beamt/-innen enden zu lassen. Ihre Verantwortlichkeit solle sich auf dann nur noch auf einen Beitrag zur Finanzierung der Beamtenversorgung beschränken.

Mit dem Gesetzentwurf will die Regierung auch die Bearbeitung der beamtenrechtlichen Beihilfe in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen, an der derzeit mehrere Stellen beteiligt sind, zentral bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost zusammenfassen. Den betroffenen Beamt/-innen solle ermöglicht werden, in Abstimmung mit dem Unternehmen ihre

Arbeitszeit der persönlichen Lebenssituation anzupassen und Arbeitszeitguthaben für längere Freistellungsphasen auf Lebensarbeitszeitkonten anzuspargen.

Klaus Weber begrüßte die Einführung von Arbeitszeitkonten und kritisierte die Ausweitung unterwertiger Beschäftigungsverhältnisse. Er verwies auf rechtliche und politische Bedenken zum Wechsel des bisherigen Beleihungsmodells. Die Beamt/-innen hätten darauf vertraut, dass die Beschäftigungs- und Kostenpflicht bei den mit Dienstherrenbefugnissen ausgestatteten Nachfolgeunternehmen der früheren Deutschen Bundespost verbleibe und der Bund weiterhin die Gesamtverantwortung trage. Nun sei aber geplant, Dienstherrenbefugnisse auf sogenannte Sekundärunternehmen, etwa Tochterunternehmen, zu übertragen. Klaus Weber betonte, dass für die Beamt/-innen keinerlei Nachteile entstehen dürften.

ver.di führte mit allen Bundestagsfraktionen Gespräche und setzt sich für Korrekturen, insbesondere beim Thema „Beleihungsmodell“ ein.

Die schriftliche ver.di-Stellungnahme zur Sachverständigenanhörung kann hier abgerufen werden:

➤ www.beamte.verdi.de/themen/postpersonalrecht/

Buchtipps

„Zusammenhalten und gestalten“

Der Band zeichnet die Geschichte der Deutschen Postgewerkschaft nach, mit einem Schwerpunkt auf dem Jahrzehnt vor der ver.di-Gründung. Eine lebendig geschriebene Quellenauswertung, ergänzt um Interviews mit beteiligten Gewerkschaftern wie Ernst Breit, Michael Sommer und anderen.

Die Deutsche Postgewerkschaft – lange Zeit eine berufsständisch ausgerichtete Beamtengewerkschaft – wandelte sich Anfang der 1970er-Jahre zu einer gesellschaftspolitisch engagierten Organisation, die Arbeitskämpfe nicht scheute, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Ab den 1980er-Jahren hatte sie sich mehr und mehr der Deregulierungs- und Privatisierungspläne in den Bereichen Telekommunikation sowie Brief- und Postdienste zu erwehren.

■ Karl Lauschke

Zusammenhalten und gestalten

Von der traditionellen Beamtenorganisation zur streitbaren Gewerkschaft:

Die Deutsche Postgewerkschaft bis zur Bildung von ver.di

Herausgegeben von der Stiftung Deutsche Postgewerkschaft

Mit einem Vorwort von Franz Tremml

144 Seiten | 2009 | EUR 18,80 | sFr 32,90

ISBN: 978-3-89965-352-6